

	Vorschlag der Initiative „Wir wollen lernen“	Vorschlag von CDU und GAL
Vorbedingungen für eine Einigung	keine	Zum Schuljahr 2012/13 ist die Primarschule verbindlich eingeführt.
Voraussetzung für die Einführung der Primarschule	Freiwilligkeit	Verbindlichkeit/Zwang
Einführung der Primarschule	Die Initiative stimmt einer stufenweisen Einführung der Primarschule als selbständige Schulform neben der Grundschule unter der Prämisse der Freiwilligkeit zu. Stufe 1: Im August 2010: 25 freiwillige Primarschulen Stufe 2: Im August 2011: 25 weitere freiwillige Primarschulen Freiwillig bedeutet, dass eine schriftliche, ungestützte Befragung aller Sorgeberechtigten erfolgt. Während der Evaluationsphase bleiben Gymnasien und Stadteilschulen grundständig ab Klasse 5 nach altem Schulgesetz erhalten.	Stufe 1: Im August 2010 starten alle Schulen, die Primarschule werden wollen mit Klasse 4. Stufe 2: Im August 2011 starten alle weiteren Schulen, die Primarschule werden wollen mit Klasse 4. Stufe 3: Im August 2012 starten alle verbleibenden Schulen mit Klasse 4 Über den freiwilligen Start der einzelnen Schulen entscheidet die Schulkonferenz.
Expertenkommission	Einigung auf sieben Experten, davon ein Vorsitzender.	Einigung auf sieben Experten, davon ein Vorsitzender.
Input-Kriterien (Bedingung dafür, dass eine Grundschule in eine Primarschule umgewandelt wird)	<ul style="list-style-type: none"> - Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Obergrenzen für die Klassenfrequenzen - Versorgung der Schulen mit ausreichenden Klassen- und Fachräumen - Erreichen des Personalmixes an den Primarschulen (z.B. 50% Gymnasiallehrkräfte in den Klassen 5 und 6) - Anzahl der Lehrkräfte - Qualifikation der Lehrkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> - Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Obergrenzen für die Klassenfrequenzen - Versorgung der Schulen mit ausreichenden Klassen- und Fachräumen - Erreichen des Personalmixes an den Primarschulen
Output-Kriterien (Lernstände, Kompetenzen)	Untersucht werden sollen z.B. Leseverständnis, Mathe, Englisch, Biologie, ggf. 2. Fremdsprache sowie z.B. soziodemografische Fakten, Kess-Faktoren	CDU/GAL möchten dies erst noch prüfen.
Evaluierung	Zunächst hatte die Initiative vorgeschlagen, die Klassen 1-6 einmal durchwachsen zu lassen und dann das Ergebnis (2016) zu vergleichen. Als Entgegenkommen an die Koalition wurde dieser Zeitraum verkürzt und eine parallele Evaluierung der Jahrgänge 1-3 und 4-6 angeboten. Eine Evaluation könnte dann bereits 2013 stattfinden.	Beide Seiten befragen Experten dazu, wann ein valides Ergebnis der Evaluierung vorliegen kann. Die CDU/GAL möchte aber auch, wenn die Experten sagen, dass eine Evaluierung bis 2012 nicht möglich ist, dennoch die Primarschule in 2012 flächendeckend und verbindlich einführen.

Ergebnis der Evaluierung	Die Ergebnisse der Evaluation bieten die Grundlage für die Entscheidung des Expertengremiums. Würden sich die Primarschulen vor allem bei den Ergebnissen der Output-Evaluation als überlegen erweisen, wäre gegen eine flächendeckende Einführung nichts einzuwenden. Sind die Grundschulen und weiterführenden Schulen ab Klasse 5 überlegen, dürfen keine Primarschulen eingeführt werden.	Unabhängig vom Ergebnis der Evaluierung wird im Sommer 2012 die flächendeckende verbindliche Primarschule eingeführt.
Elternwahlrecht	Bis zum Ende der Evaluationsphase: Grundschule: EWR nach Klasse 4 Primarschule: EWR nach Klasse 6 Bei flächendeckender Einführung der Primarschule: EWR nach Klasse 6. Bei Nichteinführung bleibt die Grundschule mit EWR nach Klasse 4 erhalten.	Bis zum Ende der Evaluationsphase: Grundschule: EWR nach Klasse 4 Primarschule: EWR nach Klasse 6 Ab 2012 flächendeckende Einführung der Primarschule: EWR nach Klasse 6
Schulinspektion	Dreijähriger Turnus	Dreijähriger Turnus
Gesamtschulen	Die bewährten Langform-Gesamtschulen und Schulen in Langform können bestehen bleiben.	Zerschlagung der Schulen in Primar- und Stadtteilschulen

Die Volksinitiative hat ein Sachmandat für genau zwei Punkte:

- Elternwahlrecht nach Klasse 4 und
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5.

Die Vertreter von CDU und GAL haben ein politisches Mandat und somit eine viel größere Beweglichkeit.

Bislang hat Schwarz-Grün sich aber unbeweglich gezeigt. Eine zeitliche Verteilung der Einführung von Primarschulen auf „Tranchen“ kommt der Behörde nur entgegen, da im Sommer 2010 gar nicht alle Grundschulen in Primarschulen umgewandelt werden könnten. Die meisten Bauvorhaben gehen gerade erst in die Planung.

Das Elternwahlrecht nach Klasse 6 war von der GAL immer so gewünscht, die CDU hatte eine Einschränkung gefordert. Auch hier kann man also nicht von einem großen Entgegenkommen sprechen.

Abgesehen von den noch zu verhandelnden Unterpunkten, ist die zentrale Frage an die CDU/GAL: Stimmt Schwarz-Grün einer ergebnisoffenen Evaluierung zu oder beharrt Schwarz-Grün darauf, die flächendeckende Primarschule ohne vorherige qualitative Überprüfung zwangsweise bis 2012 einzuführen.